

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: Anzeiger Nr. 53.

Abgabe pro Stück 7 Pf. Sonntagsheft
Postkarte für Anzeigen und für
Anzeigen 20 Pf. Sonntagsheft, son-
ntagsheft 20 Pf. Sonntagsheft,
Kleinanzeigen 20 Pf. Sonntagsheft,
sonntagsheft 20 Pf. Sonntagsheft.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 81

Sonntag, den 5. April 1925

20. Jahrgang

Marx zum Präsidentschaftskandidaten des Volksblods proklamiert.

Berspäterter Vorschlag Dr. Simons.

In einer gemeinsamen Besprechung der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten ist gestern in der siebenten Abendstunde der Reichskanzler a. D. Marx zum Sammelkandidaten des verfassungstreuen Volksblods für die Reichspräsidentenwahl am 28. April proklamiert worden.

Da auch die allsaldige Nominierung des Dr. Jarres durch den Abstell-Ausschuss erwartet wird, kann bereits als feststehend gelten, daß sich der Wahlkampf am 28. April zwischen Marx als Kandidaten des Volksblods und Jarres als Kandidaten des Reichsblods.

Es hat aber gestern ein Zwischenpiel gegeben, das politisch viel beachtet worden ist. Es ist nämlich — leider verspätet — der Gedanke einer Einheitskandidatur des gegenwärtigen Reichspräsidenten Dr. Simons zur Diskussion gestellt worden, und zwar durch niemand Beringeren als den Reichskanzler Dr. Luther, der auf Anregung der Bayerischen Volkspartei handelte.

Der Reichskanzler hatte mittags zunächst die Vertreter der Regierungsparteien empfangen und ihnen den seiner eigenen Initiative entspringenden Vorschlag gemacht, zur Vermeidung eines Wahlkampfes sich mit einer Einheitskandidatur einverstanden zu erklären, die von sämtlichen Parteien aufgestellt werden sollte. Als solchen Einheitskandidaten schlug er Dr. Simons vor. Nachher empfing der Reichskanzler noch die Führer der anderen Fraktionen und unterbreitete ihnen den gleichen Vorschlag.

Vom demokratischen Standpunkt aus hätte man eine solche Lösung unmittelbar nach dem 29. März scharf lehhaft begrüßt; denn man erinnert sich, daß die Demokratische Partei schon vor dem ersten Wahlgang gerade zur Vermeidung eines alle politischen Gegensätze

wieder aufwühlenden Wahlkampfes den anderen Parteien die Einheitskandidatur des Reichspräsidenten Dr. Simons in Antrag gebracht hat. Der demokratische Vorschlag ist damals abgelehnt worden. Nichts hätte trotzdem gehindert, daß unmittelbar nach dem 29. März die Einheitskandidatur Dr. Simons mit größerer Aussicht auf Erfolg propagiert worden wäre. Aber wie die Dinge heute liegen, konnten die republikanischen Parteien keine andere Erklärung abgeben, als daß eine Möglichkeit für eine solche Einheitskandidatur nicht mehr gegeben sei.

Es wurde die Anregung des Reichskanzlers zur Kenntnis genommen, und die Vorkände bzw. Ausschüsse der einzelnen Parteien traten am Nachmittag zu kurzen Beratungen zusammen. Dabei wurde im Zentrum festgesetzt, daß man von der Kandidatur Marx nicht mehr abgeben könne. Der sozialdemokratische Ausschuss erklärte, daß er, nachdem durch die Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten die Voraussetzung dafür geschaffen sei, ebenfalls für die Sammelkandidatur Marx eintreten müsse.

Auf der anderen Seite haben die Vertreter der Rechtsparteien, vor allem die Deutsche Volkspartei, darauf hingewiesen, daß sie sich bereits auf die neuerliche Kandidatur Dr. Jarres festgelegt haben. Es war somit schon am Nachmittag klar, daß der Vorschlag des Reichskanzlers, der sicherlich ohne Vorwissen des stellvertretenden Reichspräsidenten den Parteien gemacht worden ist, zu spät erfolgt ist.

In einer neuerlichen Besprechung der Führer sämtlicher Parteien beim Reichskanzler in der fünften Nachmittagsstunde wurden bemeisprechende Erklärungen abgegeben, so daß die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind.

Die Lehren des ersten Wahlganges.

Von Dr. Ritz, M. d. R.

Wenn man die kritische Würdigung überblickt, die dem ersten Akt zur Reichspräsidentenwahl in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit zuteil geworden ist, findet man ein unglaubliches Durcheinander von Urteilen, Ansichten, Phantasien, Kritiken, Perspektiven usw., das einem die Augen übergehen müßte. Und wenn man sich dann bemüht, mit einigermaßen ungetrübtem und objektivem Blick den Dingen auf den Grund zu gehen, so kommt einem gerade durch die Verschiedenartigkeit und die Einseitigkeit der Urteile die Erkenntnis, daß der erste Wahlgang keine Volksentscheidung sondern eine Parteirevue war.

Die um Jarres haben mit der Bezeichnung ihrer Kandidatur als die des Reichsblods diese parteimäßige Einstellung zu verschleiern gesucht, aber trotz der großen Majorität der deutschen Wählermassen ist ihnen das nicht gelungen, die Kandidatur Jarres stand unverfälscht und schleierlos als eine solche der Rechtsparteien vor dem Wähler. Und so ergibt sich zunächst die nicht weg zu jonglierende Tatsache, daß bei rund 27 Millionen abstimmenden Wählern rund 10 1/2 Millionen Stimmen sich für die vereinigten Rechtsparteien ergeben haben. Bei der Wahl von Jarres haben aus Selten seiner Wähler die Parteidisziplin und Parteiloyalität im Vordergrund gestanden. Die Persönlichkeitswerte des Kandidaten sind sicherlich nur für wenige Wähler von Jarres das bestimmende Motiv bei der Stimmabgabe gewesen. Gewiß ist Jarres ein ehrenwerter Mann und ein vaterlandsliebender Mann, aber das waren die anderen Kandidaten auch, und wenn man aus seinem mannhaften Verhalten gegenüber dem tobenden Mob und in der Besatzungszeit für Jarres ein moralisches Plus konstruieren wollte, so vergaß man, daß es gleiche Erscheinungen Gott sei Dank in Deutschland und vor allem unter den deutschen Oberbürgermeistern, recht viele gegeben hat. Im übrigen hat Jarres weder als Oberbürgermeister, noch als Minister, noch als Politiker, noch als Staatsmann den Durchschnitt überragt. Er war kein Mann eigenen Gepräges, keine überragende Persönlichkeit, und deshalb sind die Stimmen, die auf ihn entfielen, lediglich ein Ausfluß des Bewusstseins zu den parteipolitischen Strömungen, die ihn für ihren Repräsentanten hielten. Diese Stimmen aber blieben in der Minderheit.

Damit gelangen wir zu der zweiten Erkenntnis: das deutsche Volk gewöhnt sich nur unendlich schwer an die Anerkennung und Achtung von Persönlichkeitswerten, es klebt an der parteiamtlichen Abstempelung. Das Schicksal der Kandidatur Hellpach ist hierfür der sinnfällige Beweis. Hellpachs menschliche, kulturelle und staatsmännliche Ueberlegenheit lag offensichtlich zu Tage, und doch hat er auf sich im wesentlichen nur die Stimmen vereinigt, die ihm seine Parteizugehörigkeit, und nicht sein Höchstmaß menschlicher und staatsmännlicher Qualität zuschrieben. Das Kleben an enger parteipolitischer Einstellung, teilweise gepaart mit partikularistischer Engstirnigkeit, waren die Kennzeichen der Sonderkandidaturen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der bayerischen Partikularisten. Abgesehen von der grotesken Erscheinung des kommunistischen Präsidentschaftskandidaten Thalmann waren diese Sonderkandidaten gewiß beachtliche Männer, aber auch hier war nicht der Persönlichkeitswert das Moment, was die Stimmen brachte, sondern die Parteieinstellung als solche.

So schmerzlich im allgemeinen diese Wahrnehmung ist, so befriedigend ist doch die dritte Erkenntnis, die sich dabei ergibt: der Radikalismus verliert und sinkt wirtschaftlich mit erschütterter Schnelligkeit ab. Die Kommunisten haben fast 50 Prozent eingebüßt. Die Radikalen sind vernichtet. Am Ludendorff ist es ein sam geworden. Wenn Ludendorff sich einen Rest vom Selbsterkenntnis und sein Ehrgefühl bewahrt hat, dann bedeutet ihm selbst sein „Erfolg“ das Ende seines grauenhaften politischen Altruismus. Auch die, die in Ludendorff noch den Feldherrn zu ehren gewillt waren, werden im Reichstag und auf der politischen Tribüne Ludendorff ja schon längst nur unter dem Gesichtspunkt des Bedauerns gesehen haben. Hoffentlich sehen sie ihn dort nie wieder.

Die vierte Erkenntnis, die sich bei objektiver Würdigung des Wahlausganges ergibt, ist die, daß die republikanischen Parteien mit rund 12 1/2 Millionen Wählern die stärkste politische Konstellation verkörpern. In dieser Erkenntnis liegt der Ausgangspunkt aller Taktik für die Endentscheidung. Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß sich die republikanischen Parteien auf einen Kandidaten einigen, der in der Lage ist, die republikanisch-demokratischen Kräfte reiflos hinter sich zu bringen. Dann werden die Repu-

Der französische Finanzminister Clementel zurückgetreten.

Clementel hatte Sauerwein vom „Matin“ noch in der Nacht empfangen und ihm bestätigt, daß er sein Entlassungsgesuch eingereicht habe. Clementel hat dafür zwei Gründe angegeben, einen sachlichen und einen zweiten, der mehr persönlicher Art ist. Der Finanzminister war mit seinen Kollegen nicht einig über die Methode, nach der die Devisenpolitik unterrichtet werden sollte. Er war für eine ausführliche Darlegung der Verhältnisse und eine motivierte Erklärung der nach seiner Ansicht notwendigen Maßnahmen, während die anderen Minister eine kurze Andeutung des Communiqués vorzogen, die Clementel „etwas hybridisch“ nannte. Clementel scheint außerdem auch anderer Ansicht über die Mittel zur Abhilfe gewesen zu sein. Er dachte an die Erhöhung der Steuern, während von den anderen eine Finanzoperation beabsichtigt war, über die Clementel sagte: „Sie wäre nur in einer Periode ruhiger Einigkeit möglich gewesen.“ Dies sind die sachlichen Gründe. Clementel fühlte sich aber auch persönlich verletzt, weil Herriot zweimal in seiner Rede ihm deutliche Vorwürfe gemacht habe. Er glaube, sagte er, daß er nicht mehr die nötige Autorität habe, um seine Aufgabe weiter zu erfüllen und habe deshalb um 11 Uhr sein Entlassungsgesuch durch seinen Kabinettschef überreichen lassen.

Der Ministerrat hat beschlossen, die Demission Clementels anzunehmen und dem Senator de Monzie das Finanzministerium zu übertragen. Wie um 8 Uhr am Quai d'Orsay gemeldet wird, hat de Monzie angenommen.

Paris, 3. April. Die Kammer hat heute nachmittag eine kurze Sitzung abgehalten, zu deren Beginn Abg. Dalmier (Radikal) eine Interpellation über den Rücktritt des Finanzministers Clementel einbrachte. Ministerpräsident Herriot erklärte, die Regierung werde sich über die Gründe des Rücktritts Clementels äußern, wenn die Befehle zur Beratung vorliegen, durch welche die Sanierung der Finanzen ermöglicht werden soll. Er beantragte die Vertagung der Debatte über die Interpellation Dalmier, deren Beratung die Regierung angenommen habe. Abg. Maginat beantragte, die Interpellation kommenden Dienstag zu verhandeln. Herriot lehnte auch dies ab und stellte die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab, daß die Vertagung der Interpellation einstimmig angenommen wurde. Hierauf vertagte sich die Kammer auf Dienstag.

Eingeborenenaufrüstung in Südwestafrika.

Nach den aus Südafrika eintreffenden Meldungen ist im früheren Deutsch-Südwestafrika ein Aufrüstung ausgebrochen, in dem General Herzog, der Premierminister der südafrikanischen Union, der bereits seit einiger Zeit mit der Unzufriedenheit weiter britischer Kreise in Südafrika zu kämpfen hat, in neue große Schwierigkeiten geraten ist. General Herzog verwaltet das Südwest-Protektorat auf Grund eines Mandats des Völkerbundes. Die Aufständischen, die zu den kriegerischen Hethoboth-Stämmen gehören, haben ein Telegramm an den Völkerbund abgesandt, in dem sie einen Eingriff des Völkerbundes und völlige Unabhängigkeit verlangen. Dieser Aufrüstung wird durch beginnende Unruhen im Betschuanaland, im Basutoland und Swaziland unterstützt, da die Eingeborenen fürchten, unter General Herzogs weiterer Verwaltung alle Rechte zu verlieren, deren sie sich unter der britischen Herrschaft erfreuten. Hochmeyer, der Administrator des Protektorats, befindet sich auf dem Wege zum Schauplatz des Aufrüstes. Alle verfügbaren Kräfte werden versammelt, um den Aufrüst zu unterdrücken. Ein Flugzeug hat bereits zu diesem Zwecke Pretoria verlassen.

Eintritt und jetzt.

Die Erklärungen des tschechischen Außenministers Benesch gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland veranlaßten die Arbeiterzeitung darauf hinzuweisen, daß gerade Benesch während der Kriegszeit das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht jedes, auch des kleinsten Volkes, verteidigte. Während er jetzt die Vereinigung der Deutschen Österreichs mit den Deutschen im Reich durch doppelte und dreifache Verträge einer Koalition von Staaten verhindern wolle. Hierzu erklärt das Blatt: daß der Anschluß nicht möglich ist, solange die Machtverhältnisse in Europa keine wesentliche Veränderung erfahren, weß in Deutschösterreich und Deutschland jedes Kind, und niemand denkt daran, diese Machtverhältnisse durch Gewalt und Krieg zu ändern. Aber selbst die Friedensverträge von Versailles und St. Germain lassen es zu daß der Völkerbund durch einstimmigen Beschluß Deutschösterreich die Heimkehr zum deutschen Mutterlande freistelle. Dr. Benesch wird nicht glauben, daß ein Deutscher freiwillig einen Sicherheitsvertrag unterschreiben könnte, der von selbst diese Hoffnung, die uns die Schandverträge von Versailles und St. Germain gelassen habe, noch nähme.